

Steuern runter, Krise meistern!

**Wirtschaftssprecher
Bernhard Themessl und
Sozialsprecher Herbert
Kickl fordern die sofortige
Umsetzung der
FPÖ-Entlastungsreform.**

NFZ: Österreich braucht angesichts der einbrechenden Wirtschaftslage ein Konjunkturpaket. Weshalb hat die FPÖ gegen das Konjunkturpaket der Regierung gestimmt?

Themessl: Weil das kein Konjunkturpaket ist, das den Klein- und Mittelbetrieben hilft. Es hätte nicht nur der Kreditrahmen für

NFZ: Was brauchen die KMU's um diese Krise zu überstehen?

Themessl: Diese Betriebe leiden unter der dünnen Eigenkapitaldecke, sie sind auf Kredite angewiesen. Um das Eigenkapital zu stärken, braucht es eine steuerliche Entlastung, wie die Abschaffung der Mindestkörperschaftsteuer. Dazu sollten Abgaben gesenkt werden, wie etwa die AUVA- und IESG-Beiträge, die derzeit mit Überschuß eingehoben werden.

Kickl: Um den KMU's, die das Rückgrat unserer Wirtschaft sind, jetzt die Sicherung der Arbeitsplätze zu ermöglichen, müssen auch die Lohnnebenkosten gesenkt werden – aber nicht so wie Rot-Schwarz es getan haben, indem sie die Kammern mit ihren Zwangsbeiträgen unter den Schutz der Verfassung stellten.

NFZ: In der Autozulieferindustrie hat die Krise bereits ge-griffen, Kurzarbeit und erste Entlassungen wurden bereits angeordnet.

Themessl: Das hat sich schon vorher angekündigt, weil die Autokäufe im laufenden Jahr kontinuierlich zurückgegangen sind. Die Österreicher haben aufgrund der Teuerungswelle des letzten Jahres zu sparen begonnen, weniger gekauft. Deshalb werden heuer die Einnahmen der Lohnsteuer erstmals die der Mehrwertsteuer, also der Konsumsteuer, übertreffen.

Kickl: Wir haben bereits im vergangenen Herbst ein Vor-

ziehen der Steuerreform eingemahnt, als die Teuerung eingesetzt hat. Wie sollen die Österreicher mit einem Realeinkommen, das dem Jahre 1992 entspricht, die Preise des Jahres 2008 bezahlen?

NFZ: Das heißt, die FPÖ will der Krise mit einer Steuerentlastung, einer Ankurbelung der Inlandsnachfrage entgegen-treten?

Themessl: Das ist der erste Schritt, denn die Exporte brechen ein. Daher muß die Inlandsnachfrage gesteigert werden. Das hat die EU-Kommission schon erkannt, aber die Große Koalition noch immer nicht. Deshalb will die EU für das kommende Jahr eine Überschreitung der Neuverschuldungsgrenze von drei Prozent erlauben.

Kickl: Die Koalition müßte die Gunst der Stunde nützen und die Steuerreform vorziehen. Aber eine richtige Steuerreform mit einer Entlastung von sechs Milliarden Euro, wie sie auch das WIFO eingemahnt hat. Und nicht über die Erhöhung der Gas- und Strompreise die Teuerung weiter anheizen, obwohl der Erdölpreis auf Vorjahresniveau zurückgegangen ist!

NFZ: Welche Maßnahmen gehören da unbedingt dazu?

Kickl: Es müssen vor allem die Menschen entlastet werden, auf die man in den letzten Jahren vergessen hat. Das Pflegegeld wurde seit der Einführung nicht erhöht, also den Wertverlust von 20 Prozent ausgleichen. Das gleiche bei der Familienbeihilfe

und dem Kinderbetreuungsgeld. Eine Pensionsanpassung nach dem Pensionistenpreisindex und natürlich eine Wertanpassung der Steuerstufen, die seit 1989 unverändert sind. Über die kalte Progression hat sich der Finanzminister so Jahr für Jahr Extra-Milliarden in die Kassa geholt. Diese Indexreform würde, inklusive unseres Familiensplitting-



Themessl: Eine Steuer(entlastungs)reform löst eine stärkere Binnennachfrage aus.

die KMU's erhöht, werden müssen, sondern auch die Vergabepaxis geändert werden müssen. Weshalb in dieser Situation die Kreditvergabegebühren nicht gestrichen wurden, die immerhin 160 Millionen Euro pro Jahr kosten, verstehe wer will.

Kickl: Von dieser Konjunkturmilliarde gehen 700 Millionen in den Bahnausbau. Das ist eine Wiederbelebung der Konjunkturpolitik der 70er Jahre, mit der heutzutage nur Maschinenlaufzeiten gefördert werden, aber keine Arbeitsplätze.



Kickl: Mit dem Realeinkommen von 1992 kann man nicht die Preise von 2009 zahlen!

Modells allein vier Milliarden Euro in die Taschen der Steuerzahler zurückbringen.

Themessl: Auch bei den Betrieben muß es zu Entlastungen kommen, einige habe ich schon erwähnt. Dazu könnte der Staat auf die Bagatellsteuern verzichten, deren Eintreibung mehr kostet als sie einbringen. Dazu die Rücknahme der Mineralölsteuererhöhung des Vorjahres, eine Ausweitung der Finanzierungsgarantie für KMU's und eine Reform der „Basel II“-Kreditvergaberichtlinien.